

KOLUMBIEN

DR. HUBERT GEHRING
MARGARITA CUERVO
YVONNE SCHOLLIERS

März 2016

www.kas.de/kolumbien

Kolumbien: Verhandlungen zur Unterzeichnung des Friedensvertrags auf der Zielgeraden

Nach einer unruhigen Vergangenheit und einem über 50 Jahre andauernden bewaffneten internen Konflikt befindet sich die kolumbianische Regierung unter Präsident Manuel Santos in den Friedensverhandlungen mit der Guerillagruppe FARC offenbar auf einem guten Weg. Zwar wird das Abkommen nicht, wie ursprünglich vorgesehen, am 23. März 2016 unterzeichnet werden können, dennoch bleiben kaum Zweifel daran, dass die Unterzeichnung in naher Zukunft zu erwarten ist. Seit Oktober 2012 verhandeln die beiden Parteien über den Inhalt dieses Abkommens, dessen Ergebnis trotz aller Skepsis in Kolumbien der Beginn einer nachhaltigen Entwicklung hin zu einem dauerhaften Frieden ohne Gewalt durch die Guerilla sein kann.

Bereits seit März 2011 hatten erste Sondierungsgespräche zwischen der FARC und der kolumbianischen Regierung im Geheimen stattgefunden. Trotz des nunmehr absehbaren formalen Friedensschlusses der vorher verfeindeten Parteien, bleibt die Skepsis im Land bestehen, ob die FARC wirklich zu einem dauerhaften Friedensschluss bereit ist. Während die internationale Gemeinschaft den Friedensprozess weitestgehend unterstützt und hierfür, wie beispielsweise im Falle der USA¹, auch Gelder bereitstellt, sind die Kolumbianer über den Vertrag mit der Guerillagruppe gespalten. Auch Deutschland ist involviert, und stellt sowohl ideelle Un-

terstützung, beispielsweise im Aussöhnungsprozess der Bevölkerung², als auch finanzielle Hilfe³ bereit.

Laut Präsident Santos wird der Vertrag nach dessen Unterzeichnung in einer Volksbefragung den Kolumbianern vorgelegt, die ihn bestätigen oder ablehnen können. Bezüglich des Referendums sind die Gemüter allerdings erhitzt: Sowohl unter Experten als auch in der Gesellschaft wird über dessen Modus und Rechtmäßigkeit gestritten. Hinzu kommt, dass die FARC weiterhin auf der Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung zu diesem Zweck besteht. Außerdem bleibt weiterhin unklar, ob ein solches Plebiszit rechtlich überhaupt bindend wäre.

Zudem ist die Stimmung im Land, was die Unterstützung des Friedensprozesses angeht, zunehmend gespalten: einer Studie der *Gallup Colombia Ltda.* zufolge unterstützten Anfang des Jahres 2016 nur noch 54 Prozent der Kolumbianer den Friedensprozess – letzten Dezember waren es noch 67 Prozent. Zudem glauben nur noch 36 Prozent, dass die Verhandlungen sich auf einem guten Weg befinden. 53 Prozent gaben an, den bisher verhandelten Teilen des Vertrags zustimmen zu können, während 37 Prozent den Vertrag in seiner jetzigen Form ablehnen würden. Auch hat die Zustimmung für Präsident Santos merklich abgenommen: 69 Prozent der Bevölkerung stehen ihm ablehnend gegenüber. In Folge einer

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KOLUMBIEN

DR. HUBERT GEHRING
MARGARITA CUERVO
YVONNE SCHOLLIERS

März 2016

www.kas.de/kolumbien

Aktion der FARC im Department Guajira im Norden des Landes, bei der führende Guerillas in schwer bewaffneter Begleitung eine Propagandaveranstaltung in einer Schule abhielten, stieg die Anzahl derer, die ein negatives Bild der Guerilla-Gruppe haben, auf 91 Prozent.⁴

Politisches Tauziehen: Die starke Polarisierung des Landes könnte den Erfolg des Friedensabkommens noch gefährden

Auch in der politischen Landschaft ist das Thema Friedensverhandlungen seit längerer Zeit umstritten. Zwar formten zu Beginn des Jahres 2016 fast alle politischen Parteien das Bündnis „Unidad por la Paz“ (zu Deutsch: Einheit für den Frieden), da sie in der Unterstützung des Abkommens inhaltlich übereinstimmen. Das Centro Democrático stand und steht dem Bündnis jedoch weiterhin klar als Gegengewicht gegenüber. Die Partei betrieb, angeführt vom ehemaligen Präsidenten Uribe, die schärfste Oppositionspolitik gegen die Friedensgespräche.

In den vergangenen Monaten wurde vor allem eines deutlich: um eine (noch) tiefere Spaltung der Gesellschaft zu verhindern sollten die Politiker ihr Tauziehen aufgeben und stattdessen auf Sorgen und Nöte der Bevölkerung eingehen. Unter anderem die Straffreiheit ehemaliger Guerilleros ist ein sensibles Thema und der Ex-Präsident Uribe vertritt mit seiner Ablehnung dieser Lösung die Zweifel vieler. Santos und seine Regierung sollten den Mut haben, auch negative Folgen und Herausforderungen, die das Abkommen mit sich zieht, klar zu kommunizieren, um eine extreme Polarisierung zu vermeiden. Zudem steht zu befürchten, dass es, wie in Kolumbien schon in der Vergangenheit wiederholt vorgekommen, zu Selbstjustiz kommen könnte, sollten manche das Gefühl haben, dass ihnen keine ausreichende Gerechtigkeit widerfährt.

Auch im Hinblick auf die Zukunft des Landes sind eine verbesserte Kommunikation mit allen Teilen der Gesellschaft und deren politische Inklusion zwingend notwendig. Wie bereits in der Vergangenheit beobachtet werden konnte, werden gemäßigte Präsi-

denten, wie Santos, oft von Politikern mit extremeren Absichten abgelöst. Nach dieser weitverbreiteten Meinung würde in diesem Fall für die Präsidentschaftswahlen 2018 das Machtpendel auf einen Kandidaten aus dem ultrakonservativen Lager zeigen. Santos muss den Kolumbianern beweisen, dass ein Friedensabkommen mit den FARC die gewünschten Erfolge erzielt, um dessen Umsetzung auch in zukünftigen Wahlperioden garantieren zu können.

Trotz des absehbaren Friedensabkommens: Es bleibt noch viel zu tun in Kolumbien

Mit der Unterzeichnung des Friedensabkommens wird zwar formal der Grundstein für einen dauerhaften Frieden in Kolumbien gelegt, dennoch steht das Land vor großen Herausforderungen. In der Vergangenheit schien es manchmal, als würden die Politiker des Landes dem bewaffneten internen Konflikt so viel Bedeutung beimessen, dass darüber andere wichtige Themen, wie die Entwicklung des Landes oder die politische Integration aller Gesellschaftsteile, in den Hintergrund geraten seien. Mit der Beseitigung dieser „Ausrede“ wird die Regierung sich nun auf diese Probleme fokussieren müssen, nicht nur um die Umsetzung der im Friedensvertrag beschlossenen Punkte voranzutreiben. Vor allem Strukturreformen werden unumgänglich sein, aber auch gesellschaftliche und politische Inklusion aller Kolumbianer sind von immenser Wichtigkeit.

Neben diesen Herausforderungen für das Land, existiert noch eine weitere illegale bewaffnete Guerillagruppe, das Ejército de Liberación Nacional (ELN), die nicht Teil des Verhandlungsprozesses ist und ein durch die FARC hinterlassenes Machtvakuum in den Regionen zu füllen versuchen könnte.

Trotz allem wäre der Abschluss eines Friedensvertrags mit der größten Guerilla-Gruppe des Landes ein beeindruckender Erfolg und ein wichtiger und unumgänglicher Schritt auf dem Weg zu einem dauerhaften Frieden und sollte daher als solcher anerkannt werden.



Konrad
Adenauer
Stiftung

KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG
AUSLANDSBÜRO KOLUMBIEN
Calle 90 No. 19C - 74, piso 2
Bogotá
Kolumbien
Tel. +57 1 74309 47

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KOLUMBIEN

DR. HUBERT GEHRING
MARGARITA CUERVO
YVONNE SCHOLLIERS

März 2016

www.kas.de/kolumbien

Jahrzehnte holpriger Ansätze und Verhandlungen waren notwendig um nun endlich einen Erfolg zu erlangen

Seit seiner Unabhängigkeit im Jahr 1819 kämpft Kolumbien um politische Stabilität im Land. Liberale und Konservative standen sich dabei bis in die 50er Jahre des letzten Jahrhunderts feindlich gegenüber und der Konflikt um die Führung des Landes ist mehrfach ausgeartet, darunter der sogenannte „Krieg der Tausend Tage“ und „La Violencia“. Bereits in der Vergangenheit wurde mehrfach versucht, eine friedliche Lösung des Konflikts, bzw. der verschiedenen Konflikte, am Verhandlungstisch zu finden, was jedoch wiederholt scheiterte.

Die Regierungen unter Pastrana (1998-2002), Cesar Gaviria (1990-1991) und Belisario Betancur (1984-1986) hatten bereits den Dialog mit verschiedenen Guerillagruppen gesucht. Allerdings sind diese früheren Versuche aus verschiedensten Gründen oft bereits im Anfangsstadium gescheitert. Im Bezug auf die tatsächlichen Verhandlungen ist es nie bis zur Aufsetzung eines tatsächlichen Vertragstextes gekommen. Es gab weder ein selbstaufgelegtes Zeitlimit noch eine konkrete Agenda, woran viele der bereits initiierten Friedensprozesse scheiterten. Oft wurden auch derartig extreme Forderungen auf beiden Seiten gestellt, dass weder die eine noch die andere Seite über diese verhandeln wollte, geschweige denn diese akzeptieren konnte. Auf der anderen Seite wurde wechselseitig der Waffenstillstand gebrochen oder, wie beim Friedensprozesses unter Pastrana, die Einrichtung einer demilitarisierten Zone von der FARC zu einer Reorganisation ihrer sogenannten „Frentes“ (zu Deutsch: Kampfeinheiten) genutzt. Mit aus diesem Grund wurden die Verhandlungen in Havanna auch in Abwesenheit eines offiziellen Waffenstillstands geführt. Zudem belastet die Ermordung tausender Mitglieder der Partei Unión Patriótica, die sich 1985 aus ehemaligen Mitgliedern einiger Guerillagruppierungen als politische Alternative bildete, die Stimmung. Einige Kolumbianer, darunter auch viele FARC-Mitglieder, befürchten eine Wiederholung dieser Ereignisse nach Abschluss des aktuell verhandelten Friedensvertrags.

Einige Erfolge kann Kolumbien im Bezug auf friedliche Verhandlungen jedoch verzeichnen, darunter die Umwandlung der Guerilla M-19 in eine politische Partei 1990. Auch haben sich die Paramilitärischen Gruppen nach Verhandlungen mit der Regierung Uribe (2002-2010) offiziell aufgelöst.

Die FARC-EP – ursprünglich angetreten zur Verteidigung der „campesinos“ aber zunehmend radikalisiert und mutiert zu Drogenhändlern

Die Guerilla-Organisation FARC-EP, mit der das vorliegende Friedensabkommen abgeschlossen werden soll, entstand am 27. Mai 1964, also vor etwas mehr als 50 Jahren, als sie sich erstmals landesweit organisierte. Seitdem ist die FARC-EP die wichtigste Guerillagruppe in der Geschichte des bewaffneten internen Konflikts Kolumbiens und die älteste Guerilla weltweit. Die ursprünglich kommunistisch ausgerichtete FARC organisierte sich anfänglich mit dem Ziel, autonome Gebiete und die darin lebende Agrarbevölkerung gegen Militärs und Übergriffe der Großgrundbesitzer zu verteidigen. Die ab den 80er Jahren zur Finanzierung des bewaffneten Kampfes angewandten Methoden wie Mord, Entführungen und Erpressungen sowie die Änderung der Kampfstrategie haben jedoch dazu geführt, dass diese Guerilla-Gruppe ihren ursprünglichen Sinn verlor. Mit der Zeit entwickelten sie sich immer mehr zu einer „Narco-Guerilla“, die von den Einnahmen aus dem Drogengeschäft lebt.⁵

Das Friedensabkommen – ein fairer Deal?

Der zur Unterzeichnung anstehende Vertrag bezieht sich im Wesentlichen auf fünf Überthemen: (1) Integrale landwirtschaftliche Entwicklungspolitik; (2) Eine eventuelle politische Partizipation der ehemaligen FARC-Kämpfer; (3) Entschädigung der Opfer; (4) Lösung des Problems des illegalen Drogenhandels und (5) Ende des bewaffneten Konflikts (Rückgabe/ Niederlegung der Waffen). Bereits Ende 2015 waren drei dieser Themen vorläufig verhandelt, es fehlten jedoch noch die Kernpunkte der politischen Beteiligung der FARC nach Abschluss des Abkommens und die Herstellung eines Gleichgewichts zwischen Entschädigung der Opfer



Konrad
Adenauer
Stiftung

KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG
AUSLANDSBÜRO KOLUMBIEN
Calle 90 No. 19C - 74, piso 2
Bogotá
Kolumbien
Tel. +57 1 74309 47

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KOLUMBIEN

DR. HUBERT GEHRING
MARGARITA CUERVO
YVONNE SCHOLLIERS

März 2016

www.kas.de/kolumbien

und Straffreiheit der Täter. Wichtig ist hier jedoch zu erwähnen, dass alle bereits beschlossenen Inhalte des Vertrags bis zur endgültigen Unterzeichnung des Friedensvertrags weiterhin verhandelbar bleiben. Zu Beginn des Friedensprozesses war vereinbart worden, dass alle vorläufigen Beschlüsse erst mit dem Abkommen festgeschrieben werden und bis dahin jederzeit wieder Teil der Diskussion werden können.

Zu den wichtigsten Punkten des anstehenden Abkommens gehört die außerordentliche Gerichtsbarkeit, ein Phänomen *sui generis*. Sie garantiert eine Aufarbeitung der begangenen Verbrechen, bietet den Ex-Guerilleros allerdings auch verminderte Strafen als Anreiz zur Aufgabe ihrer Waffen. Zudem wurden eine Wahrheitskommission, sowie eine Behörde zur Suche verschwundener Personen, sogenannter „desaparecidos“ eingerichtet.

Ein weiterer zentraler Punkt ist die Landreform, da dieses Thema Kolumbien seit Generationen spaltet. Hierbei liegt ein Fokus darauf, die Informalität von Besitztiteln zu beseitigen und wichtige Strukturreformen durchzuführen.

Das Friedensabkommen wird auch für die internationale Gemeinschaft von großer Bedeutung sein

Obwohl Santos bereits bei der internationalen Gemeinschaft um (vor allem finanzielle) Unterstützung für den Prozess wirbt, ist noch unklar, wo mit welchen Mitteln investiert werden soll. Klar ist jedoch, dass Kolumbien auf die Hilfe internationaler Geldgeber angewiesen ist, um die im Abkommen enthaltenen Punkte in die Tat umzusetzen. Darüber hinaus ist es von größter Wichtigkeit, dass die internationale Gemeinschaft den Prozess nicht nur mitverfolgt sondern sich auch aktiv daran beteiligt. So sollte beispielsweise die Bekämpfung des illegalen Drogenhandels nicht allein Kolumbien oder den anderen Ländern wie Peru und Bolivien überlassen werden.

Ein dauerhafter Frieden würde nicht nur mehr Stabilität und Sicherheit vor allem in ländlichen Gebieten mit sich bringen, son-

dern auch eine Verbesserung beispielsweise der Infrastruktur. In diese plant die Regierung Santos mittels des „PMTI“-Plans (Plan Maestro de Transporte Intermodal, oder auch Masterplan des intermodalen Transports) in den nächsten zehn Jahren 123 Billionen COP (umgerechnet etwa 30 Mrd. Euro) zu investieren.⁶ Somit würde sich die Investitionssicherheit im Land wesentlich verbessern – eine interessante Entwicklung für Unternehmen aus aller Welt. Kolumbien könnte sich zu einem strategisch wichtigen Ort für den Handel mit ganz Lateinamerika entwickeln. Einschätzungen von Experten zufolge könnte ein Friedensabkommen zu einem Wachstum von zwischen ein und zwei Prozentpunkten führen – praktisch würde das, selbst bei konservativen Prognosen, ein um 32 Prozent höheres Pro-Kopf-Einkommen der nächsten Generation als ohne ein solches Abkommen bedeuten.⁷

Insgesamt kann sowohl die historische als auch politische Bedeutung des Friedensabkommens mit der FARC nicht hoch genug eingeschätzt werden. Der bewaffnete Konflikt ist sowohl Ursache als auch Folge der mangelnden Entwicklung Kolumbiens und erschwert seit Jahrzehnten den Aufstieg Kolumbiens zu stabiler wirtschaftlicher Blüte und sozialer Gerechtigkeit. Mit Abschluss des Friedensprozesses wird ein großer Schritt in die richtige Richtung getan werden und es bleibt zu hoffen, dass Kolumbien in den nächsten Jahren auf diesem Fundament aufbauen kann.

¹ El Tiempo. „Se plantea un reenfoque para el Plan Colombia de cara al posconflicto.“ *El Tiempo*. 4.2.2016.
<http://www.eltiempo.com/politica/proceso-de-paz/plan-colombia-reestructuracion-con-venta-al-posconflicto/16496236>. (Zugriff am 3.3.2016)

² El Tiempo. „Experiencia alemana en justicia transicional, clave para posconflicto.“ *El Tiempo*. 16.2.2016.
<http://www.eltiempo.com/politica/gobierno/proceso-de-paz-ayuda-de-alemania-en-eventual-firma-de-paz/15258691>. (Zugriff am 3.3.2016)

³ Auswärtiges Amt. „Beziehungen zwischen Kolumbien und Deutschland. Wirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit.“ *Auswärtiges Amt*. Stand Februar 2016.
<http://www.auswaertiges->



Konrad
Adenauer
Stiftung

KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG
AUSLANDSBÜRO KOLUMBIEN
Calle 90 No. 19C - 74, piso 2
Bogotá
Kolumbien
Tel. +57 1 74309 47

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KOLUMBIEN

DR. HUBERT GEHRING
MARGARITA CUERVO
YVONNE SCHOLLIERS

März 2016

www.kas.de/kolumbien

amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Kolumbien/Bilateral_node.html. (Zugriff am 3.3.2016)

⁴ León, Juanita. "La paz no ilusiona a los Colombianos." *La Silla Vacía*. 2.3.2016. <http://lasillavacia.com/historia/la-paz-no-ilusiona-los-colombianos-53265> (Zugriff am 3.3.2016)

⁵ Gehring, Hubert und Cuervo, Margarita. „Die kolumbianische FARC: vom Leben in und mit der ältesten Guerilla der Welt im 21. Jahrhundert“. *KAS Länderberichte*, 6.12.2013. <http://www.kas.de/kolumbien/de/publications/36294/> (Zugriff am 24.2.2016)

⁶ Gobierno Nacional de Colombia. "Plan Maestro de Transporte Intermodal." *Agencia Nacional de Infraestructura*. November 2015. p.28. <http://ani.gov.co/>. (Zugriff am 3.3.2016)

⁷ Mejía Daniel. "Los costos del proceso de paz en cuatro escenarios." *El Tiempo*. 16.4.2013. <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-12743872> (Zugriff am 3.3.2016)



KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG
AUSLANDSBÜRO KOLUMBIEN
Calle 90 No. 19C - 74, piso 2
Bogotá
Kolumbien
Tel. +57 1 74309 47